

Auchan-Besitzer gegen Verkauf an Carrefour

Familienholding: Partnerschaften sind aber möglich

Börsen-Zeitung, 5.10.2021 wü Paris – In Frankreich haben Gerüchte über eine mögliche Annäherung von Carrefour und Auchan für Wirbel gesorgt. Barthélemy Guislain, der Vorsitzende der Vereinigung der Besitzerfamilien von Auchan (Association familiale Mulliez, AFM), hat dazu am Wochenende klar Stellung bezogen. „Wir werden Auchan niemals verkaufen“, erklärte er gegenüber der Regionalzeitung „La Voix du Nord“.

Die Holding der aus Nordfrankreich stammenden Familie von Gérard Mulliez, die in der Rangliste der reichsten Franzosen des Wirtschaftszeitmagazins „Challenges“ auf Platz 7 steht, hält 84% des Auchan-Kapitals. Ihr gehören auch andere, spezialisierte Einzelhändler wie Decathlon (Sport), Boulanger (Elektronikgeräte) und Leroy Merlin (Baumärkte). Im Gegensatz zu Carrefour ist Auchan nicht börsennotiert.

Auslöser für die Spekulationen, Carrefour und Auchan könnten sich zusammenschließen, war ein Bericht von „Le Monde“, Carrefour-Chef Alexandre Bompard habe im Frühjahr mit der Familie Mulliez Gespräche über eine Annäherung der beiden

Einzelhändler geführt. Diese sind jedoch nach Angaben der Tageszeitung gescheitert, da sich beide Seiten nicht über die jeweiligen Beteiligungen hätten einigen können. Der Kontakt zwischen ihnen sei jedoch auch danach nicht abgebrochen.

Ein Zusammenschluss beider Gruppen wäre aber aus wettbewerbsrechtlichen Gründen nicht einfach, denn Carrefour kommt in Frankreich nach den jüngsten Schätzungen der Marktforscher von Kantar auf einen Marktanteil von 19,7%, Auchan auf 9,2%.

Der AFM-Vorsitzende hat die Tür für eine eventuelle Annäherung jedoch nicht komplett verschlossen. Auch wenn die Familie Mulliez Auchan nie verkaufen werde, könne man über Partnerschaften und Allianzen sprechen, sagte Guislain. Das habe die Holding der Familie immer getan. „Wir denken, dass die Zukunft auf dem Austausch, der Öffnung gegenüber anderen und möglicherweise auf von unseren autonomen Unternehmen getragenen Partnerschaften aufgebaut sein wird.“

Die Aktie von Carrefour legte am Montag an der Börse von Paris im Verlauf 2% auf 15,69 Euro zu.

Alitalia-Beschäftigte erhalten großzügige Hilfe aus Rom

Kurzarbeitsregelungen geplant – Ita sucht Partner

Börsen-Zeitung, 5.10.2021 bl Mailand – Die Alitalia-Nachfolgegesellschaft Ita will am 15. Oktober mit zunächst 2800 Mitarbeitern starten, die meisten davon sind bisherige Alitalia-Beschäftigte. Die Zahl der Mitarbeiter soll bis 2025 auf 5750 steigen. Angesichts heftiger Protestaktionen der mehr als 7400 Beschäftigten von Alitalia, die zunächst außen vor bleiben, ist die Regierung in Rom bereit, mit den Gewerkschaften großzügige Kurzarbeitsregeln zu treffen, die womöglich bis 2025 gelten. Damit kommen auf die Steuerzahler, die Alitalia in den letzten 40 Jahren mit rund 13 Mrd. Euro unterstützt haben, weitere Kosten zu. Die EU hatte die Neugründung einer Nachfolgegesellschaft genehmigt, die angeblich in keiner Verbindung zur früheren Alitalia steht. Dass die

EU gleichzeitig die Unzulässigkeit von Staatshilfen von 1,3 Mrd. Euro an Alitalia festgestellt hat, Rom dieses Geld aber nicht eintreiben kann, weil Alitalia zum 15. Oktober ihren Betrieb einstellt, macht deutlich, dass die EU den Konflikt mit Italien scheut. Italiens Regierung darf Ita also weiter unterstützen. 1,5 Mrd. Euro sollen möglichst schnell fließen. Ita hat gerade ein Abkommen mit Airbus über den Erwerb von 28 neuen Flugzeugen unterzeichnet und will weitere 31 Flugzeuge von der Air Lease Corp. übernehmen.

Alitalia-Chef Alfredo Altavilla spekuliert darauf, die Namensrechte der alten Alitalia aufkaufen zu können, hofft aber auf einen niedrigeren Preis als die derzeit verlangten 290 Mill. Euro. Da Ita allein nicht überlebensfähig ist, wird ein Partner gesucht.

Biofrontera macht Weg frei für IPO der US-Tochter

Emissionserlös von bis zu 24 Mill. Dollar

Börsen-Zeitung, 5.10.2021 ab Köln – Das kleine Pharmaunternehmen Biofrontera hat nun ganz offiziell den Startschuss für den geplanten Börsengang der US-Tochter gegeben. Im Rahmen des IPOs soll die Biofrontera Inc. bis zu 3,45 Millionen Aktien aus einer Kapitalerhöhung in den USA platzieren, wie das auf Dermatologie spezialisierte Pharmaunternehmen mitteilte. Die neuen Aktien sollen in einer Spanne von 5 bis 7 Dollar pro Stück vermarktet werden. Bei voller Ausschöpfung des Emissionsvolumens käme demnach am oberen Ende der Spanne ein Emissionserlös von 24,15 Mill. Dollar zusammen. Zum Vergleich: Biofrontera selbst bringt hierzulande aktuell knapp 134 Mill. Euro auf die Waage.

Den Börsenprospekt hatte Biofrontera Anfang Juli bei der SEC eingereicht. Er tritt aber erst mit der Preis-

findung in Kraft. Mit dem Börsengang will Biofrontera sich neue Geldquellen zur Finanzierung des weiteren Wachstums erschließen.

Sollte die Kapitalerhöhung im geplanten Maximalvolumen erfolgen, wäre Biofrontera noch mit 70% beteiligt. Um die Kontrolle bei der US-Tochter auszuüben, ist die Aktienmehrheit jedoch nicht unbedingt erforderlich. Das Geschäft der US-Tochter steht und fällt mit dem Lizenzvertrag mit der AG für das Hauptprodukt Ameluz, ein Medikament zur Behandlung von weißem Hautkrebs. Die USA sind der größte Einzelmarkt von Biofrontera. Zwar hatten sich die Umsätze pandemiebedingt auch dort bis Anfang 2021 deutlich verringert. Vom Gesamtumsatz in den ersten neun Monaten von 18,5 Mill. Euro entfielen 12,4 Mill. Euro auf die USA.

Elektroindustrie wird digitaler

Umsatzanteil smarter Produkte steigt bis 2026 auf zwei Drittel – ZVEI fordert Paradigmenwechsel in Politik

Die Elektronikindustrie versteht sich als Leitbranche der Digitalisierung. In den vergangenen fünf Jahren hat sich der Umsatzanteil digitaler Produkte mehr als verdoppelt, wie eine Umfrage des Branchenverbandes ZVEI zeigt. Jedes zweite Branchenunternehmen beklagt Einschränkungen bei der Nutzung von Daten.

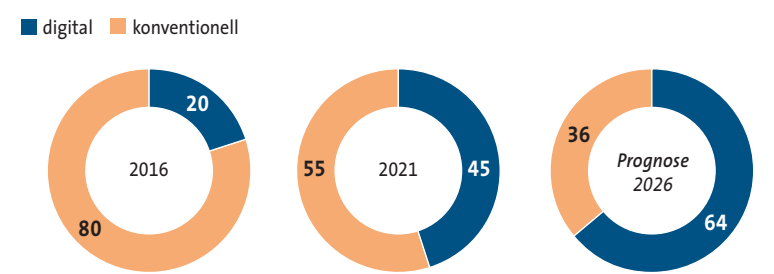
Börsen-Zeitung, 5.10.2021 sp Berlin – Die Digitalisierung verändert die Elektronikindustrie schneller als erwartet. Das geht aus einer Befragung von Branchenunternehmen im Auftrag des Zentralverbands Elektrotechnik- und Elektronikindustrie (ZVEI) hervor. Demnach hat sich der Umsatzanteil digitaler Produkte in der Branche in den vergangenen fünf Jahren mehr als verdoppelt, und bis 2026 dürfte der Anteil von digital vernetzten „smarten“ Produkten auf fast zwei Drittel steigen (siehe Grafik). Der ZVEI fordert dennoch ein Umdenken in der Politik, um das Wachstumspotenzial der Digitalisierung nutzen zu können. „Wir brauchen einen Paradigmenwechsel in der Politik, damit wir Daten nicht nur erheben, sondern auch sinnstiftend nutzen können“, sagte ZVEI-Präsident Gunther Kegel.

Die Regulierung müsse dringend zwischen industriellen und konsumentennahen Anwendungen unterscheiden, forderte Kegel. Mehr als 80% der Daten, die von den Unternehmen der Elektroindustrie erfasst werden, sind nicht personenbezogen, wie aus der Erhebung unter 139 Firmen hervorgeht. Jedes zweite Branchenunternehmen fühle sich bei der Nutzung dieser Daten eingeschränkt. Für mehr als ein Drittel der Elektrounternehmen sei dabei fehlende Rechtssicherheit ein wesentliches Hemmnis bei der Digitalisierung. „Die neue Bundesregierung muss einen pragmatischen Weg finden, wie sich auch personenbezogene Daten rechtssicher im Rahmen der DSGVO (Datenschutz-Grundverordnung) nutzen lassen – etwa durch klar definierte Anonymisierungsverfahren.“ Hier dürften Deutschland und Europa im internationalen Wettbewerb nicht weiter zurückfallen.

Ähnliches gelte auch im Bereich der Mikroelektronik. Nur 8% der weltweiten Produktionskapazitäten für Halbleiter liegen derzeit in Europa. Gleichzeitig werde der Bedarf an Halbleitern in den kommenden Jahren deutlich steigen. „Deshalb reicht es nicht aus, nur Lächer zu stopfen“, sagte Kegel und forderte die Politik

Digitalisierung erfasst die Elektronikindustrie

Umsatzanteile von digitalen gegenüber konventionellen Angeboten in Prozent*



© Börsen-Zeitung

*Umfrage unter Unternehmen der Elektronikindustrie 2021

Quelle: ZVEI

auf, auch auf diesem Feld die technologische Souveränität Europas zu sichern. „Wenn andere Regionen klötzen, dürfen wir nicht kleckern. Das zweite europäische IPCEI (Important Projects of Common European Interest) für Mikroelektronik muss jetzt schnell Fahrt aufnehmen und zusätzlich durch eine deutlich aktivere Standortpolitik flankiert werden“, sagte Kegel.

Das mit Abstand größte Hemmnis für die Digitalisierung in den Unternehmen ist laut der jüngsten Erhebung des ZVEI der Fachkräftemangel. Sechs von zehn Unternehmen

geben ihn als Problem an. Dahinter folgt neben Rechtsunsicherheit (39%) auch die Skepsis der eigenen Belegschaft (39%) gegenüber der Digitalisierung.

Die lückenhafte Versorgung mit leistungsfähigem Breitbandinternet ist immer noch für mehr als ein Zehntel der Unternehmen ein Hindernis auf dem Weg zur Digitalisierung. Vor fünf Jahren hatte noch knapp ein Viertel dies als Hinderungsgrund genannt. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen, die oft auf dem Land sitzen, sind laut ZVEI weiterhin von Versorgungslücken betroffen.

Airlines auch 2022 in der Verlustzone

Verband: Erholung kommt langsamer voran als erhofft – Schätzungen korrigiert

Börsen-Zeitung, 5.10.2021 wü Paris – Trotz der anhaltenden Coronakrise bessert sich die Lage für die Luftverkehrsindustrie langsam, aber stetig. „Während weiterhin ernste Probleme bestehen, wird der Weg zur Erholung sichtbar“, erklärte Willie Walsh, der Chef der IATA (International Air Travel Association), zu Beginn der Jahresversammlung des Branchenverbandes in Boston. In diesem Jahr und auch 2022 werden Fluggesellschaften aber erneut milliardenschwere Verluste einfliegen, warnte er. Lediglich nordamerikanische Airlines dürften 2022 erstmals seit Ausbruch der Pandemie wieder schwarze Zahlen schreiben.

52 Mrd. Dollar im Minus

„Die gesamten Verluste könnten im Zeitraum 2020 bis 2022 mehr als 200 Mrd. Dollar betragen“, sagte Walsh. Er mahnte auch, dass die geplante Erhöhung der Gebühren von Flughäfen und Flugsicherungsleistungen die Erholung gefährden könnte. Da diese nicht ganz so schnell verläuft wie von der Branche erhofft, haben die Ökonomen der

IATA ihre Prognose für das laufende Jahr aktualisiert. Sie erwarten nun, dass Fluggesellschaften weltweit auf Nettoverluste von insgesamt 51,8 Mrd. Dollar kommen werden. Noch im April hatten sie mit Nettoverlusten von 47,7 Mrd. Dollar gerechnet.

Der Verband hat jetzt auch seine Schätzungen für 2020 korrigiert. Inzwischen geht er von einem Nettoverlust von 137,7 Mrd. Dollar und nicht mehr „nur“ von 126,4 Mrd. Dollar aus. Im nächsten Jahr dürften sich die Verluste der Fluggesellschaften weltweit auf 12 Mrd. Dollar verringern, schätzt IATA-Ökonomin Ezgi Gulbas. Nordamerika dürfte 2022 als einzige Region wieder Gewinne einfliegen. Nachdem die Fluggesellschaften dort im internationalen Vergleich bereits vor Ausbruch der Pandemie die besten Ergebnisse auswiesen, haben sie nun im zweiten Quartal begonnen, wieder positive Geldflüsse zu verbuchen. Nach einem Verlust von 5,5 Mrd. Dollar in diesem Jahr dürften sie 2022 auf ein Nettoergebnis von 9,9 Mrd. Dollar kommen, schätzt Gulbas.

Für europäische Airlines rechnet die IATA in diesem Jahr mit einem

Nettoverlust von 20,9 Mrd. Dollar, der sich dann 2022 auf 9,2 Mrd. Dollar verringern dürfte. Sich verändernde Regeln und konfuse Anwendungen von Empfehlungen der Europäischen Union hätten die erhofften positiven Effekte der Impfkampagnen und der Einführung eines europäischen Covid-Zertifikats kompromittiert, kritisiert der Verband. Er mahnt deshalb zu einer besseren Koordinierung der verschiedenen Regierungen. Die Nachfrage nach Langstrecken dürfte jedoch auch weiterhin stark der Erholung des innereuropäischen Flugverkehrs hinterherhinken, so die IATA.

Für Fluggesellschaften in der Asien-Pazifik-Region rechnet die IATA für dieses Jahr mit Nettoverlusten von 11,2 Mrd. Dollar, die 2022 auf 2,4 Mrd. Dollar sinken dürften. Der Mittlere Osten wiederum bekommt seine Abhängigkeit vom Langstreckengeschäft zu spüren, für das seine Flughäfen als Drehkreuze fungieren. Entsprechend dürfte bei den Fluggesellschaften aus dieser Region 2021 ein Verlust von 6,8 Mrd. Dollar und 2022 von 4,6 Mrd. Dollar anfallen.

US-Airlines führen Impfpflicht ein

Börsen-Zeitung, 5.10.2021

dpa-afx New York/Frankfurt – Unter dem Druck staatlicher Anforderungen verpflichten weitere US-Airlines ihre Mitarbeiter zu Corona-Schutzimpfungen. Jetzt verfügen dies American Airlines, Alaska Airlines und Jetblue, berichten unter anderem die „New York Times“ und das „Wall Street Journal“ unter Berufung auf Rundschreiben an die Beschäftigten. Auch die Deutsche Lufthansa will ihr Flugpersonal nach wie vor vollständig gegen Corona impfen lassen, kann aber nicht auf eine Impfpflicht wie bei der Schweizer Tochter Swiss setzen. Nach Angaben des MDax-Unternehmens ist sonst ein stabiler, weltweiter Flugbetrieb künftig nicht darstellbar. Einzelne Länder verlangten die Impfung für Piloten und Flugbegleiter bereits, weitere würden folgen.

US-Präsident Joe Biden verfügte, dass vom 8. Dezember an nur noch Unternehmen mit geimpften Mitarbeitern staatliche Aufträge bekommen. Mehrere Fluggesellschaften gehen davon aus, dass sie unter diese Regel fallen. United Airlines hatte schon zuvor Corona-Impfungen für alle Mitarbeiter vorgeschrieben; mehr als 96% erfüllten die Vorgabe.

Im Handel macht man sich zusehends Sorgen

Verbraucherstimmung sinkt vor dem Weihnachtsgeschäft – HDE: Grund sind gestiegene Preiserwartungen

Von Martin Dünzendorfer, Frankfurt

Börsen-Zeitung, 5.10.2021 Das Konsumbarometer des Handelsverbandes Deutschland (HDE), das die Stimmung unter den Verbrauchern spiegelt, hat sich den dritten Monat in Folge eingetrübt. Das ist kein gutes Zeichen für den bevorstehenden Beginn des umsatzträchtigen Weihnachtsgeschäfts, das – zumindest für die Branche und Statistiker – am 1. November beginnt und bis zum Jahresende läuft. Dass man sich im Handel zusehends Sorgen macht, liegt auch an der Konzeption des Barometers: Es bildet nicht das aktuelle Verbraucherverhalten ab, sondern die erwartete Stimmung in den nächsten drei Monaten.

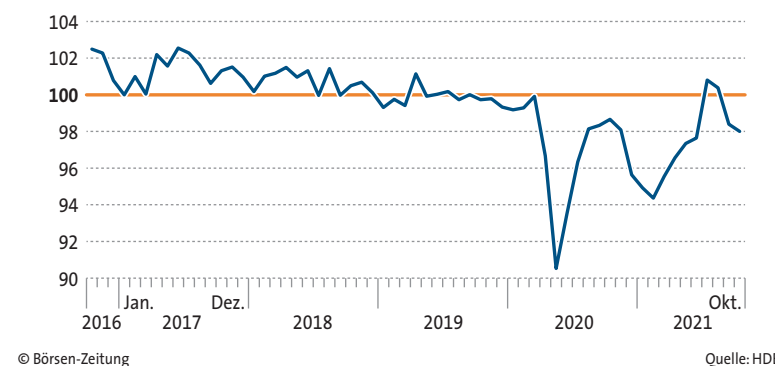
Preisampel leuchtet rot

Die Verbraucher könnten dazu neigen, den Konsum aus Vorsichtsgründen herunterzufahren, denn die Preisampel leuchtet rot. Angesichts der hohen Steigerungsraten seit Juli 2021 – zuletzt lag die Inflationsrate bei 4,1% – und den Meldungen über länger anhaltende Knappheit an Rohstoffen und anderem Material sind trotz allmählichen Wegfalls von Basiseffekten auch mittelfristig hohe Inflationsraten möglich.

„Dass sich die Verbraucherstimmung insgesamt erneut eintrübt“, schreibt auch der HDE, „liegt vor allem in den gestiegenen Preiserwar-

Abschwung der Verbraucherstimmung schwächt sich ab

HDE-Konsumbarometer indexiert, Januar 2017 = 100



© Börsen-Zeitung

Quelle: HDE

tungen der Verbraucher begründet. Insbesondere das weiterhin hohe Niveau der Inflationsrate scheint sich auf die Preiserwartungen auszuwirken und die Stimmung zu dämpfen.“

Besorgniserregend ist vor allem, dass neben der enormen Preissteigerung für Energie (+14,3% im Vergleich zu September 2020) auch die Ausgaben für Lebensmittel gemäß dem Statistischen Bundesamt (Destatis) im September um 4,9% und damit spürbar stärker als der Durchschnitt geklettert sind. Steigende Heiz- und Benzinrenten sowie Ausgaben für Fleisch, Nudeln, Obst und Gemüse werden in der Öffentlichkeit stärker wahrgenommen als andere Kostenblöcke. Da der Konsum laufende Trends in die Zukunft

fortschreibt, wird das Portemonnaie wohl im letzten Jahresviertel nicht so oft geöffnet und geleert werden, wie sich der Handel das wünscht – es sei denn, Destatis berichtet Anfang November, dass die Inflationsrate im Oktober deutlich zurückging. Doch danach sieht es nicht aus.

Hinzu kommt die Unsicherheit über die Entwicklung der Coronapandemie in der beginnenden kalten Jahreszeit und den möglichen Folgen, falls die bundesweiten Inzidenzzahlen doch wieder dreistellig werden. Der HDE spricht im Zusammenhang mit der Pandemie von einem „zentralen Impulsgeber für die Verbraucherstimmung“. Auch eine sich abzeichnende Ampelkoalition aus SPD, Grüne und FDP könnte – trotz

angekündigten Widerstandes durch die FDP – auf Steuererhöhungen hindeuten, was die Konsumbereitschaft zusätzlich beeinträchtigen würde.

„Pessimistisch blicken die Verbraucherinnen und Verbraucher auf die konjunkturelle Entwicklung und senken deshalb erneut ihre Erwartungen. Mit einem gesamtwirtschaftlichen Aufschwung wird nicht gerechnet“, teilt der HDE mit. Auch die Einkommenserwartungen gingen etwas zurück.

Der HDE entnimmt den Ergebnissen der Umfrage aber auch Positives: Die negative Entwicklung der Verbraucherstimmung verliere an Dynamik; das Absinken schwäche sich im Vergleich zu den Vormonaten deutlich ab. Auch liegt der Indexwert mit 98,0 (siehe Grafik) noch weit oberhalb des Tiefs vom Mai 2020 (90,5) und des Zwischentiefs vom Februar dieses Jahres (94,4). Gleichwohl lassen sich daraus kaum Rückschlüsse auf die künftige Entwicklung ziehen.

Das HDE-Konsumbarometer basiert auf einer Umfrage unter 1600 Personen zur Anschaffungsneigung, Sparneigung, finanziellen Situation und anderen konsumrelevanten Faktoren. Der Verband stellt fest, dass die Anschaffungsneigung in den vergangenen beiden Monaten teils stark zurückgegangen, zuletzt aber leicht gestiegen sei. Nahezu keine Veränderung habe es bei der Sparneigung gegeben. Insgesamt, so der HDE, seien große Ausschläge nach oben oder unten erst einmal nicht zu erwarten.

Bekanntmachung

gemäß § 316 Abs. 5, § 268

Abs. 2 Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB)

Bereithaltung eines Nachtrages 11 der HMW Emissionshaus AG, insoweit handelnd als Prospektverantwortliche und als hierfür von der Kapitalverwaltungsgesellschaft (MIG Capital AG) beauftragtes Unternehmen nach § 316 Abs. 5, § 268 Abs. 2 KAGB vom 30.09.2021 zum bereits veröffentlichten vollständigen Verkaufsprospekt vom 16.05.2019 betreffend das Investmentvermögen MIG GmbH & Co. Fonds 16 geschlossene Investment-KG. Der gemäß § 316 Abs. 5, § 268 Abs. 2 KAGB erstellte Nachtrag 11 wird zusammen mit dem vollständigen Verkaufsprospekt bei der MIG GmbH & Co. Fonds 16 geschlossene Investment-KG, Münchener Straße 52, D-82049 Pullach, zur kostenlosen Ausgabe bereitgehalten. Der Nachtrag 11 ist zudem im Internet unter www.mig-fonds.de veröffentlicht. Die Informationen liegen in deutscher Sprache vor. Pullach, den 05.10.2021 HMW Emissionshaus AG